

# Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin  
Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

73. Jahrgang Nr. 3

Berlin, den 31. Januar 2017

03227

## Inhalt

29.11.2016	Verordnung über die Außerkraftsetzung der Veränderungssperre VIII-B10/63 im Bezirk Spandau . . .	190
5.12.2016	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans VI-38-1 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Kreuzberg. . . . .	191
10.1.2017	Dritte Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung . . . . . 2013-1-7	192
13.1.2017	Erste Verordnung zur Änderung der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung . . . . . 601-2	194
12.1.2017	Berichtigung des Berliner Euro-Anpassungsgesetzes . . . . . 251-2	195
1.11.2016	Berichtigung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Sparrplatz“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016. . . . . 2130-3-131	196
1.11.2016	Berichtigung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Leopoldplatz“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016. . . . . 2130-3-132	197
1.11.2016	Berichtigung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Waldstraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016. . . . . 2130-3-133	198
1.11.2016	Berichtigung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Birkenstraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016 . . . . . 2130-3-134	199
1.11.2016	Berichtigung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Seestraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016 . . . . . 2130-3-135	200

## Hinweis

Dieser Ausgabe liegt für Abonnenten das Register 2016 (zeitliche Übersicht und Sachwortregister) bei.

**Verordnung**  
**über die Außerkraftsetzung der Veränderungssperre VIII-B10/63 im Bezirk Spandau**  
Vom 29. November 2016

Auf Grund des § 17 Absatz 4 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 283), wird verordnet:

§ 1

Für das Grundstück Breitestraße 64 im Bezirk Spandau wird die mit Verordnung vom 5. Januar 2016 (GVBl. S. 50) gemäß § 14 des Baugesetzbuchs erlassene Veränderungssperre außer Kraft gesetzt.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Spandau von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 29. November 2016

Bezirksamt Spandau von Berlin

K l e e b a n k  
Bezirksbürgermeister

B e w i g  
Bezirksstadtrat

**Verordnung**  
**über die Festsetzung des Bebauungsplans VI-38-1**  
**im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Kreuzberg**

Vom 5. Dezember 2016

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), in Verbindung mit § 6 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578) in der bis zum Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 283) geltenden Fassung in Verbindung mit Artikel 4 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan VI-38-1 vom 9. September 2004 mit Deckblättern vom 15. Oktober 2008 und vom 16. April 2013 für eine Teilfläche des Grundstücks Carl-Herz-Ufer 34 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Kreuzberg, wird festgesetzt. Er ändert teilweise den durch Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans VI-38 im Bezirk Kreuzberg vom 12. April 1959 (GVBl. S. 272) festgesetzten Bebauungsplan.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung Planen, Bauen und Umwelt, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung Planen, Bauen und Umwelt, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung und beim Bauaufsichtsamt kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
  2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 2a Nummer 3 und 4 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 2016

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg  
von Berlin

H e r r m a n n  
Bezirksbürgermeisterin

P a n h o f f  
Bezirksstadtrat

**Dritte Verordnung**  
**zur Änderung der Baugebührenordnung**  
 Vom 10. Januar 2017

Auf Grund des § 6 Absatz 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), das zuletzt durch Artikel IV des Gesetzes vom 18. November 2009 (GVBl. S. 674) geändert worden ist, verordnet der Senat:

**Artikel 1**  
**Änderung der Baugebührenordnung**

Die Baugebührenordnung vom 17. Juni 2008 (GVBl. S. 156), die zuletzt durch Verordnung vom 1. Februar 2011 (GVBl. S. 55) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 werden nach der Angabe „7.5“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „8.1.6“ die Angabe „und 17.1“ eingefügt.
2. Das Gebührenverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Nach der Überschrift „Gebührenverzeichnis“ wird das Wort „Inhaltsübersicht“ eingefügt.
  - b) In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe „16. Schornsteinfegerwesen“ folgende Angabe angefügt:
 

„Fünfter Teil: Marktüberwachung von Bauprodukten

17. Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (BauP-MÜVDG)“.
  - c) Die Tarifstelle 8.2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In der Überschrift werden in der Spalte Gegenstand die Wörter „und Einrichtungen“ gestrichen.
    - bb) Zwischen der Überschrift der Tarifstelle und der Tarifstelle 8.2.1 wird in der Spalte Gegenstand folgende Anmerkung eingefügt:
 

„Anmerkung:  
 Unabhängig von den Anerkennungsgebühren sind die Kosten für die Erstellung des Fachgutachtens zum Nachweis der besonderen Fachkunde von der Antragstellerin oder dem Antragsteller direkt an die Begutachtungsstelle zu entrichten.“
  - d) In Tarifstelle 8.3 wird in der Spalte Gegenstand folgende Anmerkung angefügt:
 

„Anmerkung:  
 Unabhängig von den Anerkennungsgebühren sind die Kosten für die Erstellung des Fachgutachtens zum Nachweis vertiefter Kenntnisse und Erfahrungen von der Antragstellerin oder dem Antragsteller direkt an die Begutachtungsstelle zu entrichten.“
  - e) In Tarifstelle 8.4.1 wird in der Spalte Gebühr € die Angabe „500“ durch die Angabe „600“ ersetzt.
  - f) In Tarifstelle 8.4.2 wird in der Spalte Gebühr € die Angabe „400“ durch die Angabe „480“ ersetzt.
  - g) Die Tarifstelle 8.5 wird wie folgt geändert:
    - aa) Die Überschrift wird in der Spalte Gegenstand wie folgt gefasst:
 

„Prüfungsverfahren zur Feststellung der fachlichen Eignung als Prüfm Ingenieurin oder Prüfm Ingenieur für Stand-sicherheit“.
    - bb) Die Tarifstelle 8.5.1 wird wie folgt gefasst:
 

„8.5.1 Überprüfung des fachlichen Werdegangs  
 je Fachrichtung 800“.
    - cc) In Tarifstelle 8.5.2 werden in der Spalte Gegenstand die Wörter „Bewertung der schriftlichen Darlegung der Fachkenntnisse“ durch die Wörter „Schriftliche Prüfung“ ersetzt und in der Spalte Gebühr die Angabe „1.200“ gestrichen.
    - dd) In Tarifstelle 8.5.2 werden folgende neue Tarifstellen 8.5.2.1 und 8.5.2.2 angefügt:
 

„8.5.2.1 für eine Fachrichtung	1.400
8.5.2.2 für jede weitere Fachrichtung im selben Anerkennungsverfahren	700“.
    - ee) Die Tarifstelle 8.5.3 wird aufgehoben.
  - h) In Tarifstelle 8.6 wird die Angabe „500“ durch die Angabe „600“ ersetzt.
  - i) Die Tarifstelle 8.7 wird wie folgt geändert:
    - aa) Die Überschrift wird in der Spalte Gegenstand wie folgt gefasst:
 

„Prüfungsverfahren zur Feststellung der fachlichen Eignung als Prüfm Ingenieurin oder Prüfm Ingenieur für Brand-schutz“.
    - bb) Die Tarifstelle 8.7.1 wird in der Spalte Gegenstand wie folgt gefasst:
 

„Überprüfung des fachlichen Werdegangs“.
    - cc) Die Tarifstelle 8.7.2 wird in der Spalte Gegenstand wie folgt gefasst:
 

„Schriftliche Prüfung“.
    - dd) Die Tarifstelle 8.7.3 wird in der Spalte Gegenstand wie folgt gefasst:
 

„Mündliche Prüfung“.
  - j) In Tarifstelle 8.9 werden in der Spalte Gegenstand die Wörter „oder einer oder eines Prüfsachverständigen“ gestrichen.
  - k) Die Tarifstelle 8.10 wird wie folgt geändert:
    - aa) In der Spalte Gegenstand werden die Wörter „Änderung des Geschäftssitzes oder einer Zweitniederlassung“ durch die Wörter „Verlegung des Geschäftssitzes“ ersetzt und in der Spalte Gebühr die Angabe „50 €“ gestrichen.
    - bb) In Tarifstelle 8.10 werden folgende neue Tarifstellen 8.10.1 und 8.10.2 angefügt:
 

„8.10.1 aus einem anderen Land in das Land Berlin	200
8.10.2 aus dem Land Berlin in ein anderes Land	100“.
  - l) Dem Gebührenverzeichnis wird folgender neuer Fünfter Teil angefügt:
 

„Fünfter Teil: Marktüberwachung von Bauprodukten

17. Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (BauP-MÜVDG)

17.1 Amtshandlungen der Marktüberwachungsbehörde, soweit bei den Kontrollen Mängel festgestellt werden 250 bis 2.500

Anmerkung:  
 Unabhängig von den Gebühren der Marktüberwachungsbehörde des Landes Berlin sind etwaige Ge-

bühren und Auslagen der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde der Länder (Deutsches Institut für Bautechnik) direkt an diese zu entrichten.“

**Artikel 2**  
**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. Januar 2017

Der Senat von Berlin

Michael Müller	Katrin Lompscher
Regierender Bürgermeister	Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

**Erste Verordnung**  
**zur Änderung der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung**  
 Vom 13. Januar 2017

Auf Grund des

1. § 2 Absatz 2 Satz 1 und § 17 Absatz 2 Satz 3 sowie Absatz 3 Satz 1 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, 1202), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 19. Juli 2016 (BGBl. I S. 1730) geändert worden ist,
2. § 387 Absatz 2 Satz 1 und 2 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 13 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist,
3. a) § 409 der Abgabenordnung,  
 b) § 14 Absatz 3 Satz 2 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1994 (BGBl. I S. 406), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1679) geändert worden ist, auch in Verbindung mit § 409 der Abgabenordnung,  
 c) § 8 Absatz 2 Satz 2 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2678), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 18. Juli 2014 (BGBl. I S. 1042) geändert worden ist, auch in Verbindung mit § 409 der Abgabenordnung,  
 d) § 8 des Investitionszulagengesetzes 1999 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4034), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3603) geändert worden ist,  
 e) § 7 des Investitionszulagengesetzes 2005 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 2005 (BGBl. I S. 2961),  
 f) § 14 des Investitionszulagengesetzes 2007 in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Februar 2007 (BGBl. I S. 282), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2350) geändert worden ist,  
 g) § 15 des Investitionszulagengesetzes 2010 vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2350), das durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3950) geändert worden ist,  
 h) § 164 Satz 1 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735),

das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1679) geändert worden ist,

- i) § 131 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2372) geändert worden ist,
  - j) § 17 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist,
- jeweils in Verbindung mit § 387 Absatz 2 Satz 1 und 2 der Abgabenordnung,
4. § 10 Absatz 2 des Vergnügungsteuergesetzes vom 20. Oktober 2009 (GVBl. S. 479), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (GVBl. S. 559) geändert worden ist,
  5. § 12 Absatz 2 des Übernachtungsteuergesetzes vom 18. Dezember 2013 (GVBl. S. 924),
- zu 1. bis 3. jeweils, in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen im Bereich der Finanzverwaltung auf die Senatsverwaltung für Finanzen vom 1. April 1992 (GVBl. S. 117) verordnet die Senatsverwaltung für Finanzen:

**Artikel I**

In der Anlage zu § 2 Absatz 1 Satz 1 der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung vom 17. November 2015 (GVBl. S. 445) wird in der Textziffer 13.2.3.2 die Handelsregisternummer „HRA 44629 B“ durch „HRB 165662 B“ ersetzt.

**Artikel II**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.  
 Berlin, den 13. Januar 2017

Senatsverwaltung für Finanzen  
 Dr. Matthias K o l l a t z – A h n e n

**Berichtigung**  
**des Berliner Euro-Anpassungsgesetzes**  
Vom 12. Januar 2017

Artikel XXXIII des Berliner Euro-Anpassungsgesetzes vom 16. Juli 2001 (GVBl. S. 260, 576) wird wie folgt berichtigt:

In Nummer 2 (§ 14 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus – PrVG – ) muss es statt „Sonstiges Renteneinkommen“ richtig „Sonstiges Nettoeinkommen“ heißen.

Berlin, den 12. Januar 2017

Der Präsident des Abgeordnetenhauses  
Ralf W i e l a n d

Die vorstehende Berichtigung wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister  
Michael M ü l l e r

**Berichtigung der Erhaltungsverordnung**  
**gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Sparrplatz“**  
**im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016**

Vom 1. November 2016

Die Verordnung über die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Sparrplatz“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016 (GVBl. S. 268) wird wie folgt berichtigt:

„§ 4 Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BauGB bezeichnet sind,
2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Verordnung, gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.“

Berlin, den 1. November 2016

Bezirksamt Mitte von Berlin

v o n D a s s e l  
Bezirksbürgermeister

G o t h e  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
Soziales und Gesundheit



**Berichtigung der Erhaltungsverordnung**  
**gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Leopoldplatz“**  
**im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016**

Vom 1. November 2016

Die Verordnung über die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Leopoldplatz“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016 (GVBl. S. 270) wird wie folgt berichtigt:

„§ 4 Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BauGB bezeichnet sind,
2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.“

Berlin, den 1. November 2016

Bezirksamt Mitte von Berlin

v o n D a s s e l  
Bezirksbürgermeister

G o t h e  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
Soziales und Gesundheit

**Berichtigung der Erhaltungsverordnung**  
**gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Waldstraße“**  
**im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016**

Vom 1. November 2016

Die Verordnung über die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Waldstraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016 (GVBl. S. 272) wird wie folgt berichtigt:

„§ 4 Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BauGB bezeichnet sind,
2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Verordnung, gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.“

Berlin, den 1. November 2016

Bezirksamt Mitte von Berlin

v o n D a s s e l  
Bezirksbürgermeister

G o t h e  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
Soziales und Gesundheit

**Berichtigung der Erhaltungsverordnung**  
**gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Birkenstraße“**  
**im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016**

Vom 1. November 2016

Die Verordnung über die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Birkenstraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Moabit, vom 3. Mai 2016 (GVBl. S. 274) wird wie folgt berichtigt:

„§ 4 Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BauGB bezeichnet sind,
2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.“

Berlin, den 1. November 2016

Bezirksamt Mitte von Berlin

v o n D a s s e l  
Bezirksbürgermeister

G o t h e  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
Soziales und Gesundheit

**Herausgeber:**

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,  
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

**Redaktion:**

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin  
Telefon: 030/9013 3380, Telefax: 030/9013 2000  
E-Mail: gvbl@senjust.berlin.de  
Internet: www.berlin.de/sen/justva

**Verlag und Vertrieb:**

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln  
Telefon: 0221/94373-7000, Telefax 0221/94373-72015  
Kundenservice: Telefon 0263 1/801-2222, E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com  
www.wolterskluwer.com, www.wolterskluwer.de

**Bezugspreis:**

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt. bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten. Der angewandte Steuersatz beträgt 7% für das Printprodukt und 19% für die Online-Komponente. Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.  
Preis dieses Heftes 2,15 € zzgl. Versand

**Druck:**

Druckhaus Tecklenborg, Siemensstraße 4, 48565 Steinfurt

Wolters Kluwer Deutschland GmbH  
Heddesdorfer Straße 31a • 56564 Neuwied  
Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG

**Berichtigung der Erhaltungsverordnung****gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Seestraße“  
im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016**

Vom 1. November 2016

Die Verordnung über die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Seestraße“ im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Wedding, vom 3. Mai 2016 (GVBl. S. 276) wird wie folgt berichtigt:

**„§ 4 Verletzung von Vorschriften**

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BauGB bezeichnet sind,
2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Verordnung, gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.“

Berlin, den 1. November 2016

Bezirksamt Mitte von Berlin

von Dassel  
Bezirksbürgermeister

Gothe  
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,  
Soziales und Gesundheit